

Friedrichshain Kreuzberg – weltoffen, ökologisch, sozial, vielfältig und solidarisch!

Kooperationsvereinbarung für die Wahlperiode 2021 bis 2026

zwischen den Parteien

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Friedrichshain-Kreuzberg und SPD
Friedrichshain-Kreuzberg



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Präambel	3
Mobilität	4
Soziale Infrastruktur & Öffentlicher Raum	5
Klimaschutz	7
Stadtentwicklung, Mieten- & Baupolitik	8
Gewerbe und Kultur in der Friedrichshain-Kreuzberger Mischung	9
Freiräume, Kulturstandorte & Clubkultur	10
Sport	11
Vielfalt & Gleichstellung	11
Kinder & Jugendliche	11
Inklusion	11
Finanzen & Immobilien	12
Beteiligung & Transparenz	13
Transparenz gegenüber der Bezirksverordnetenversammlung	14
Zusammenarbeit	14
Aufgabenverteilung im künftigen Bezirksamt von Friedrichshain-Kreuzberg	15

Präambel

Friedrichshain-Kreuzberg ist einzigartig. Ein Bezirk voller sozialer Vielfalt und Kreativität, mit viel Individualität und gleichzeitig mit großem Gemeinsinn. Unser Bezirk ist ein Ort, an dem vieles ausprobiert wird und beginnt, an dem neue Ideen Realität werden, an dem auch die ganz großen Herausforderungen angepackt und zusammengedacht werden.

Bei der Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung, zum Abgeordnetenhaus, zum Bundestag und bei der Abstimmung zum Volksentscheid „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ wurde erneut deutlich: Friedrichshain-Kreuzberg bleibt weltoffen, ökologisch, sozial, vielfältig und solidarisch.

Fast drei Viertel der Wähler*innen stimmten hier für eine ökologische und soziale Politik links der Mitte. Ähnlich viele Friedrichshain-Kreuzberger*innen sind dafür, bei der drängendsten sozialen Frage unserer Zeit, dem Thema Wohnen, mutig und entschlossen neue Wege zu gehen. Damit alle Menschen in Friedrichshain-Kreuzberg wohnen bleiben können – in lebendigen Kiezen mit einer Mischung aus Wohnen, Arbeit und Freizeit.

Dieses Ergebnis ist Ansporn und Verpflichtung zugleich, denn wir stehen vor großen Aufgaben: Neben die voranschreitende Klimakrise ist die Corona-Pandemie getreten. Hass und Hetze sind auch in unserem Bezirk noch nicht verschwunden. Die zunehmende Spaltung von Arm und Reich spüren wir hier ganz besonders.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD wollen im Bezirke eine Politik umsetzen, die

- entschlossen und konsequent den bezirklichen Beitrag zum 1,5 Grad-Ziel leistet und den Bezirk möglichst schnell klimaneutral und klimagerecht macht
- der Vorreiterrolle des Bezirks für eine Mobilitätswende weiter gerecht wird,
- Spielstraßen und -plätze für Familien und Kinder schafft – in allen unseren Kiezen,
- sich gemeinsam und ressortübergreifend für den öffentlichen Raum sowie ausreichende und saubere Grün- und Erholungsflächen verantwortlich zeigt,
- den öffentlichen Raum gerecht verteilt und dabei den Fokus auf sichere und barrierefreie Wege legt,
- sich für den ökologischen Neubau, die Sanierung und bessere Ausstattung von Schulen und Kitas im Bezirk einsetzt,
- alle Instrumente und Handlungsspielräume für bezahlbare Wohnungs- und Gewerbemieten konsequent nutzt und den Gemeinwohlanteil auf dem Wohnungsmarkt weiter stärkt,
- vorhandene Kulturräume sichert und neue schafft,
- vorhandene Gewerbeflächen sichert und neue schafft, vor allem für Produktion und Handwerk,
- den Ausbau von und den Zugang zu kommunalen Bildungseinrichtungen (Bibliotheken, Volkshochschulen, Musikschulen) fördert,
- die vielfältige Erinnerungskultur im Bezirk stärkt,
- die Verwaltung bürger*innennah, modern, serviceorientiert und digital aufstellt,
- sich für mehr sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse einsetzt, Maßnahmen zur Kontrolle und Verbesserung von Arbeitsbedingungen trifft und sich dazu mit den relevanten Akteur*innen vernetzt,
- sich gegen Arbeitslosigkeit, insbesondere gegen Jugendarbeitslosigkeit engagiert,
- das Ziel verfolgt, gemeinsam mit den Betroffenen Obdachlosigkeit zu überwinden,
- Platz lässt auch für Freiräume und alternative Lebenskonzepte,
- den Bezirk partizipativ und umweltverträglich gestaltet,
- die Menschen in den Mittelpunkt stellt, ungeachtet von Hautfarbe, Herkunft, Glauben, Geschlecht, sexueller Identität, sozialem Status oder der Größe des Geldbeutels,
- Probleme gemeinsam löst – im Dialog mit seiner lauten, lebendigen, kreativen und engagierten Zivilgesellschaft,
- Hass und Hetze, Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit in jeder Form, zu allen Zeiten und an jedem Ort klar entgegentritt.

Dafür stehen nicht nur wir, sondern auch die große Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung – und auch die der Friedrichshain-Kreuzberger*innen. Wir laden alle demokratischen Fraktionen in der Bezirksverordnetenversammlung dazu ein, hierbei mitzuwirken.

Neben einer Vereinbarung zur Wahl des Bezirksamts haben sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD auf die Umsetzung folgender Projekte sowie die nachfolgenden Grundsätze der Zusammenarbeit verständigt – sowohl untereinander als auch hinsichtlich der Zusammenarbeit mit den anderen demokratischen Fraktionen im Bezirksamt sowie in der Bezirksverordnetenversammlung:

Mobilität

Wir werden dafür sorgen, dass der Bezirk Vorreiter im Bereich der Verkehrswende bleibt. Der klare Fokus liegt dabei auf der weiteren Stärkung des Umweltverbundes.

Motorisierter Individualverkehr und Parkplätze

Wie in der vergangenen Wahlperiode weiten wir die Verkehrsberuhigung in unserem Bezirk aus.

Wir werden die bereits beschlossene Parkraumbewirtschaftung im ganzen Bezirk einführen und zügig umsetzen. Die dazu notwendigen personellen und sachlichen Voraussetzungen werden wir gemeinsam schaffen. Zur Kontrolle der Parkraumbewirtschaftung setzen wir vorzugsweise auf ein digitalisiertes Verfahren.

Parkplätze wollen wir verstärkt – wie bereits begonnen – für die Errichtung von Fahrradbügeln, Entsiegelung, Baumpflanzungen, Sitzgelegenheiten und Zonen ausschließlich für den Wirtschaftsverkehr sowie Parkbereiche für E-Scooter nutzen. Zudem setzen wir uns für die Ausweitung der E-Ladeinfrastruktur ein.

Rad- & Fußverkehr

Wir werden für mehr Barrierefreiheit und sichere Schulwege sorgen. Daher werden wir auf Basis des Mobilitätsgesetzes die bezirklichen Rad- und Fußverkehrspläne umsetzen und fortschreiben.

Beim Fußverkehr ist das Thema Schulwegsicherheit für uns ein zentrales Anliegen. Es soll zum Ende der Wahlperiode keine Grundschule mehr im Bezirk geben, bei der nicht alle baulichen Voraussetzungen für einen sicheren Weg von und zur Schule geschaffen sind. Auch die Bedürfnisse von Senior*innen und mobilitätseingeschränkten Menschen sind entsprechend des in der letzten Wahlperiode beschlossenen Fußverkehrskonzeptes zu berücksichtigen.

Wir unterstützen die im Mobilitätsgesetz verankerten und durch die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr, Klima umgesetzten Radschnellverbindungen. Beschlossene Fahrradstraßen werden wir bis Ende der Wahlperiode einrichten. Sukzessive soll ein engmaschiges Fahrradstraßennetz entstehen. Wir prüfen auch die Einrichtung von in der StVO neu vorgesehenen Fahrradzonen.

Alle Kopfsteinpflasterstraßen sollen unter nachhaltigen Gesichtspunkten fahrradfreundlich gestaltet werden, um ein Ausweichen auf die Bürgersteige zu vermeiden.

20 Jahre nach der Bezirksfusion fehlen weiterhin direkte Verbindungen zwischen den Stadtteilen Friedrichshain und Kreuzberg. Wir unterstützen die Planungen der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr Klima für den Neubau der ehemaligen Brommy-Brücke als Fußgänger*innen- und Fahrradfahrer*innenbrücke über die Spree.

Öffentlicher Personennahverkehr

Gemeinsam setzen wir uns für einen besseren öffentlichen Personennahverkehr ("ÖPNV") ein. Ein Kernanliegen ist für uns die möglichst zügige Umsetzung der geplanten Verlängerungen der Tramlinien M10 und 21.

Wir werden im gesamten Bezirk, gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr, Klima, zusammenhängende und barrierefreie Wegenetze planen und umsetzen. Den von der Landesebene vorgesehenen und finanzierten Umbau der Bus- und Tramhaltestellen werden wir so vorantreiben, dass Haltestellen vollständig barrierefrei sind. Weiterhin werden wir die Sauberkeit und Sicherheit von Haltestellen – in Zusammenarbeit mit der BVG – verbessern. Die Zugänge zu U- und S-Bahnhöfen sollen besser beleuchtet werden.

Ordnungsdienst

Zur Mobilitätswende gehört auch die konsequente Durchsetzung der Straßenverkehrsordnung. Daher ist es unser gemeinsames Ziel, dass der Allgemeine Ordnungsdienst des Ordnungsamtes mit deutlich mehr Personal ausgestattet wird. Hierfür werden wir uns auch gemeinsam auf der Landesebene einsetzen. Wir setzen uns zudem für eine dauerhafte Fortführung des Verkehrsüberwachungsdienstes ein.

Soziale Infrastruktur & Öffentlicher Raum

Wir werden den Erhalt und den Ausbau unserer sozialen Infrastruktur wie Kitas, Schulen, Spiel- und Sportplätze, kommunale, soziale und kulturelle Einrichtungen und Grünflächen in den Mittelpunkt rücken und dabei einen haushälterischen Schwerpunkt legen.

Zur schnellen Entscheidung bei Hindernissen und Konflikten bilden wir eine bezirkliche "Taskforce Schulbau und soziale Infrastruktur", die aus der Bezirksbürgermeisterin, den für die jeweiligen Baudienststellen zuständigen Bezirksamtsmitgliedern und den dazugehörigen Leitungen der Ämter und Serviceeinheiten besteht. Die Taskforce kann zur Beratung einzelner Vorhaben weitere Bezirksamtsmitglieder und Führungskräfte der Verwaltung einladen. Die Taskforce wird eingeladen, wenn eines der drei oben genannten Bezirksamtsmitglieder darum bittet.

Schulen & Kitas

Wir setzen die Schulbauoffensive und die Digitalisierung der Schulen fort und schaffen die dringend benötigten zusätzlichen Platzkapazitäten. Da es kaum Grundstücke für den Neubau von Schulen gibt, müssen zusätzliche Kapazitäten überwiegend durch Nachverdichtung vorhandener Schulstandorte geschaffen werden. Damit die Schulhöfe bei Nachverdichtung noch ausreichend Platz bieten, werden wir die barrierefreien Stellplätze und Fahrradstellplätze der Schulen nach Möglichkeit im benachbarten öffentlichen Straßenland nachweisen, zu Lasten von bisher regulären Parkplätzen.

Die Bildung weiterer Gemeinschaftsschulen durch Umwandlung, Erweiterung und Fusion von bestehenden Schulen hat für uns große Bedeutung.

Die Kurt-Schumacher-Grundschule und die Otto-Wels-Grundschule werden wir zu Campusstandorten entwickeln, an denen eine Bildungslaufbahn von der Kita bzw. von der Einschulung bis zum Abitur oder zu beruflichen Abschlüssen möglich ist.

Uns ist wichtig, dass alle Bundes-, Landes- und Bezirksmittel, die für den Neubau bzw. die Erweiterung und Sanierung von Einrichtungen und Infrastruktur der öffentlichen Daseinsvorsorge zur Verfügung stehen, von den Baudienststellen eingesetzt werden. Dafür müssen die Dienststellen entsprechend ausgestattet werden.

Wir werden Schulen sozialräumlich öffnen und die Gebäude und Freiflächen für unterschiedliche nichtkommerzielle Nutzungen zur Verfügung stellen.

Wir unterstützen die Träger der Kindertagesbetreuung weiterhin beim bedarfsgerechten Ausbau der Betreuungsangebote.

Rekommunalisierung der Schulreinigung

Die Schulreinigung in kommunaler Hand gewährleistet einen unmittelbaren Einfluss auf die Qualität der Reinigungsleistung. Wir beteiligen uns auf Landesebene als Pilotbezirk für die Rückführung der Schulreinigung in die öffentliche Hand, sofern das Land Berlin die notwendigen finanziellen Ressourcen zur Verfügung stellt.

Spielplätze

Kinder und Jugendliche in jedem Kiez brauchen altersgerechte Angebote und Platz für Sport- und Bewegungsmöglichkeiten. Spielplätze sind Räume, die ausschließlich Kindern vorbehalten sind. Sie sollen sich dort sicher und ungefährdet aufhalten können. Unser Ziel ist, dass in der dunklen Jahreszeit mehr Spielplätze bis 19 Uhr beleuchtet werden. Viele Spielplätze, Parks und Einrichtungen der Nahversorgung drohen aufgrund von Drogenkonsum und den damit einhergehenden Begleiterscheinungen nicht mehr benutzbar und sogar zu Gefahrenquellen zu werden. In allererster Linie handelt es sich um eine sozial- und gesundheitspolitische Problemlage, für die Lösungen gefunden werden müssen. Daher muss auch die aufsuchende Sozialarbeit für Erwachsene verstärkt werden, deren Ausbau wir ausdrücklich unterstützen. Darüber hinaus kontrollieren Ordnungsamt und Parkläufer*innen vor Ort.

Spiel- und Bolzplätze müssen durchgängig sauber und instand gehalten werden. Wir streben die Rekommunalisierung der Reinigung an, durch bezirkseigenes Personal oder die Reinigung durch die BSR. Die derzeit verfügbaren bezirklichen Mittel für die Reinigung reichen nicht aus. Um die Reinigungsfrequenz zu erhöhen, wollen wir hier in den Haushaltsberatungen einen Schwerpunkt setzen.

Im Einzelfall sprechen wir uns als kurzfristige Maßnahme für die höhere Umzäunung von Spielplätzen verbunden mit Türschlössern aus. Dass es notwendig ist, Spielplätze abzuschließen, bedauern wir und würden uns andere Lösungen wünschen. Die haushalterischen Voraussetzungen dafür werden wir schaffen.

Außerdem appellieren wir an die Landesebene, hier ihre gesamtstädtische Verantwortung wahrzunehmen.

Drogen

Die Drogenproblematik sehen wir immer auch als sozialpolitische Frage, danach wie wir den Betroffenen helfen können. Dazu werden wir das Suchthilfesystem stärken und die aufsuchende Sozialarbeit in unserem Bezirk ausbauen. Auch die Zusammenarbeit von Bezirksamt, Polizei und BVG muss an den Hotspots des Drogenhandels und -konsums intensiviert werden. Schwerstabhängige brauchen geeignete Orte, um unter hygienisch einwandfreien Bedingungen Drogen zu konsumieren und dort auch Zugang zu medizinischer Versorgung oder sozialpädagogischer Unterstützung zu finden.

Auf Landesebene setzen wir uns für mehr und länger geöffnete Drogenkonsumräume ein, die an besonderen Hotspots durch mobile Angebote ergänzt werden. Wir wollen, dass nach der Eröffnung des festen Drogenkonsumraums am Kottbusser Tor das dortige mobile Drogenkonsumraumangebot von Fixpunkt den Wrangelkiez anfährt. Wir unterstützen das überbezirkliche Projekt NUDRA (Netzwerk zum Umgang mit Drogen- und Alkoholkonsum im öffentlichen Raum) und werden durch weitere Spritzenabwurfbehälter insbesondere die Sicherheit von Kindern vor Verletzungen und Infektionen erhöhen.

Wir unterstützen die bestehenden Suchthilfezentren, wie etwa die Substitutionsstelle in der Kochstraße, und setzen uns für weitere solcher Hilfseinrichtungen in unserem Bezirk ein. Darüber stärken wir durch eine gezielte Präventionsarbeit die Aufklärung insbesondere von Kindern und Jugendlichen.

Obdachlosigkeit

Wir machen die Bekämpfung der Wohn- und Obdachlosigkeit sowie die konkrete Hilfe für Wohn- und Obdachlose zu einem Schwerpunkt unserer politischen Arbeit.

Dazu bedarf es für die Betroffenen ganzjährig geöffneter, unbürokratisch arbeitender Beratungs- und Versorgungsstellen. Das Angebot der Kältehilfe muss dauerhaft erhalten bleiben. Ebenso benötigen wir mehr Aufenthaltsmöglichkeiten in Tageseinrichtungen und Übergangsunterkünften, insbesondere für Familien und Alleinerziehende. Wir werden feste, betreute Wohnformen für eine Übergangszeit mit dem Ziel der Vermittlung in dauerhaften Wohnraum schaffen. Wir werden als Modellprojekt einen Safespace im Bezirk errichten und dessen Arbeit evaluieren.

Die Angebote sollen einen multiprofessionellen Ansatz verfolgen und insbesondere die zusätzlich prekäre Situation obdachloser Frauen in den Blick nehmen.

Ebenso benötigen wir mehr konsumakzeptierende Aufenthaltsmöglichkeiten.

Ordnung im öffentlichen Raum

Den Allgemeinen Ordnungsdienst des Ordnungsamtes werden wir weiterhin personell stärken.

Den Pflegezustand unserer Parks und Grünanlagen als unersetzliche Orte der Erholung wollen wir verbessern. Unser Ziel ist eine Verstärkung der Finanzierung des bezirklichen Parkmanagements und der Naturranger*innen.

Gleiches gilt für das Projekt der Kiezhausmeister*innen, die kleinere Reparaturen selbst vornehmen, statt jeden Auftrag ausschreiben zu müssen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die BSR zukünftig alle Grünanlagen, Spielplätze und Plätze reinigt.

Wir sagen den Müllbergen den Kampf an und werden den Weg zum Zero Waste-Bezirk mit Maßnahmen wie etwa Mehrweglösungen oder Auflagen zur Müllvermeidung für Großveranstaltungen im öffentlichen Raum konsequent weitergehen.

Der Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für unseren Bezirk. Er führt aber zu Problemen u.a. mit Lärm und Müll vor Ort. In beliebten Straßen müssen Anwohnende vor nächtlichem Lärm und Vermüllung in den Abend- und Nachtstunden geschützt werden.

Dafür werden wir eine Nachtbürgermeister*in einsetzen, der/die als Ansprechperson für Gewerbetreibende, Tourist*innen und Anwohnende zur Verfügung steht.

Klimaschutz

Wir machen Klimaschutz im gesamten Bezirksamt zum Schwerpunkt, damit Friedrichshain-Kreuzberg klimaneutral und der öffentliche Raum klimaresilient wird. Klimaschutz ist ein Querschnittsthema, das alle Abteilungen betrifft.

Wir streben die Gründung eines neuen Klimareferats mit zusätzlichem Personal bei der Bezirksbürgermeisterin an, das möglichst aus Fördermitteln finanziert wird und sich nicht negativ auf die Kosten- und Leistungsrechnung auswirkt. Dafür wird die Bezirksbürgermeisterin zunächst ein Konzept erarbeiten, welches die Ziele des Referats und die Kooperation mit den zuständigen Ämtern darlegt.

Unterstützt werden die Abteilungen des Bezirksamtes durch einen unabhängigen Klimaschutzbeirat aus relevanten gesellschaftlichen Gruppen und Expert*innen, Vertreter*innen des Bezirksamtes und der Bezirksverordnetenversammlung.

Bezirksamtsbeschlüsse werden einer Klimaprüfung unterzogen. Nicht klimaneutrales Handeln und Ausgaben müssen begründet werden.

Wir werden ein Entsiegelungskonzept erstellen und andere Projekte zur Klimaanpassung modellhaft umsetzen.

Wir werden bei den Investitionen des Bezirks einen Schwerpunkt im Klimaschutz setzen. Dabei nehmen wir auch das Entsiegelungs- und Gestaltungspotenzial bezirklicher Flächen, insbesondere von Schulhöfen, in den Blick.

Stadtentwicklung, Mieten- & Baupolitik

Ob im Bestand oder im Neubau, Menschen brauchen bezahlbare Räume. Wir nutzen alle bestehenden Instrumente, um gegen Gentrifizierung und Verdrängung aus den Kiezen vorzugehen und setzen uns für öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsneubau ein.

Mieten- & Baupolitik

Wir setzen gemeinsam die Ausweisung neuer und die Erweiterung bestehender Milieuschutzgebiete im Bezirk um. Der Bundesebene gegenüber wirken wir auf eine Stärkung des Vorkaufsrechts hin und darauf, dass die Folgen von bereits erfolgter Inwertsetzung, insbesondere bei bereits erfolgter Aufteilung von Mietshäusern, abgemildert werden. Wir bauen Beratungsangebote für Mieter*innen und Kooperationen mit Mieter*inneninitiativen aus.

Die bezirkliche Strategie des präventiven Erwerbs wird in Kooperation mit dem Senat weiterentwickelt und es wird geprüft, wie diese auch mit der GIMA eG i.G. umgesetzt werden kann.

Wir werden den Anteil der landeseigenen Wohnungen auch durch Neubau erhöhen. Wir werden prüfen, an welchen Stellen Bauleitplanung beschleunigt werden kann, ohne Beteiligungsmöglichkeiten einzuschränken. Beim Neubau setzen wir auf bedarfsgerechte Projekte mit maximalen Anteilen von leistbaren Mieten für Wohnen, Kultur und Soziales. Bei privaten Bauvorhaben werden wir dafür sorgen, dass mind. 30 Prozent der neu geschaffenen Wohnflächen mietpreis- und belegungsgebunden vermietet werden, bei landeseigenen Flächen mind. 50 Prozent.

Den Anteil von mietpreis- und belegungsgebundenen Wohnungen wollen wir bei Neubauvorhaben von 30 auf 50 Prozent erhöhen. Langfristig soll der Anteil des Wohnungsbestands, der durch landeseigene Wohnungsunternehmen, Genossenschaften, Stiftungen oder Hausprojekte gemeinwohlorientiert bewirtschaftet wird, von derzeit rund 30 auf 50 Prozent gesteigert werden. Mietbindungen sollten dauerhaft sein, möglichst unter Anwendung einer in der neuen Wahlperiode von der Bundesregierung geschaffenen Wohngemeinnützigkeit.

Das kooperative Baulandmodell für Wohnen wollen wir auch auf soziale Infrastruktureinrichtungen wie Kitas, Schulen, Jugendfreizeit- und Senior*inneneinrichtungen sowie im Bereich Gewerbe und zur Schaffung von bezahlbaren Räumen für Bedarfe der Nachbarschaft und öffentlich zugängliche Grünflächen anwenden. Dazu werden Pilotprojekte durchgeführt.

Wir setzen uns ein für eine konsequente Durchsetzung der Einhaltung des Zweckentfremdungsverbots, der Umwandlungsverordnung, der Regelungen sowie der Mietpreisbremse.

Wir werden deutlich mehr Wohnungen für Geflüchtete schaffen, u.a. durch die Errichtung der vom Senat beschlossenen Modularen Unterkünfte für Geflüchtete (MUF).

Um die Spekulation mit Baugenehmigungen zu unterbinden, wird der Bezirk alle vorhandenen Mittel nutzen, um Druck zur Bebauung ungenutzter Baugrundstücke aufzubauen, z.B. durch Entzug von Baugenehmigungen oder die Ausübung des Vorkaufsrechts.

Stadtentwicklung

Wir wollen bei Bebauungsplänen hohe Klima- und Umweltstandards festschreiben. Die Bebauung von gewidmeten Grünflächen und nicht mehr genutzten Friedhöfen lehnen wir ab. Bei Neubau und Nachverdichtung schaffen wir gemeinsam mehr Transparenz und eine frühe Beteiligung der Quartiersöffentlichkeit, Anwohner*innen und Betroffenen. Wir wollen, dass Bürger*innen und zukünftige Nutzer*innen stärker beteiligt werden. Die Leitlinien zur Bürger*innenbeteiligung in der räumlichen Stadtentwicklung setzen wir gemeinsam mit den bauenden und planenden Ämtern und den Bedarfsträgern weiter um.

In den nächsten Jahren stehen wichtige Wohnungsbauprojekte vor der Entscheidung und Realisierung.

Wir stehen zu den Ergebnissen des Partizipationsverfahren Friedrichshain West. Mit dem Dragoner-Areal und dem Rathausblock schaffen wir ein Energiewendeverstärkendes Leuchtturm Projekt, das als „Positiv Quartier“ solidarische Dekarbonisierung des ganzen Kiezes vorantreibt.

Wir teilen die Ergebnisse des städtebaulichen Werkstatt-Verfahrens für das Dragonerareal und werden das Verfahren weiterhin unterstützen mit dem Ziel, 450 leistbare Wohnungen, sowie mindestens 20.000 qm gewerbliche Nutzflächen („Fach und Krach“), ein klimagerechtes Energiekonzept, Frei- bzw. Grünflächen sowie Raum für Kultur, Kita und Jugend und gemeinwohlorientierte Nutzung („Wabenkonzept“) zu schaffen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die BEHALA in Kooperation mit einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft das BEHALA-Grundstück an der Spree gemeinsam entwickeln und damit auch endlich der öffentliche Uferweg an der Spree in diesem Bereich verwirklicht werden kann.

Weitere beispielhafte Projekte sind das Wohnhochhaus („WoHo“), der Rathausblock, Mehringplatz West und das Areal der Franz-Künstler-Straße.

Wir werden die städtebaulichen Planungen für die ursprünglich für den Weiterbau der A100 vorgesehenen Vorhalteflächen beschleunigen, z.B. für einen temporären Schulstandort, Gewerbeflächen, einen Safe Space für obdachlose Menschen, Urban Gardening, den Ausbau bzw. die Sicherung der derzeitigen soziokulturellen Nutzungen.

Auf dem Areal des ehemaligen Reichsbahnausbesserungswerks Warschauer Straße („RAW-Gelände“) werden wir die Soziokultur erhalten und öffentlich nutzbare Grünräume schaffen. Die Planung für das RAW-Gelände wird entlang des Aufstellungsbeschlusses von 2019 fortgesetzt. Die gemeinnützige Gesellschaft für Stadtentwicklung („GSE“) als Treuhänderin des Landes Berlin muss spätestens vor dem Beschluss des Bebauungsplans einen 30-jährigen Pacht- bzw. Mietvertrag mit den Grundstückseigentümer*innen abschließen, um tragfähige Mieten für das soziokulturelle Zentrum und seine Nutzer*innen langfristig zu sichern. Ein Beschluss über den Bebauungsplan wird bis spätestens Mitte der Wahlperiode erfolgen.

Südliche Friedrichstadt & Kottbusser Tor

Es ist uns ein Anliegen, die Entwicklung der Sozialräume Südliche Friedrichstadt und Kottbusser Tor bis zum Ende der Wahlperiode erheblich zu verbessern. Dies umfasst eine Fertigstellung der Bauarbeiten rund um den Mehringplatz und die Sanierungsarbeiten der von der Howoge erworbenen Wohneinheiten.

Ein zentrales Anliegen ist uns in Zusammenarbeit mit der Landesebene die Entwicklung eines Gewerbekonzeptes (orientiert am Bedarf der Bewohner*innenstruktur).

Das Bezirksamt und die Bezirksverordnetenversammlung befassen sich in den ersten sechs Monaten mit dem im Projekt „Aufbruch Mehringplatz“ erarbeiteten Vorschlägen und entwickeln einen Zeitplan zur Umsetzung von dringenden Bedarfen im Quartier.

Gewerbe und Kultur in der Friedrichshain-Kreuzberger Mischung

Unser Bezirk lebt von der bunten und vielfältigen „Friedrichshain-Kreuzberger Mischung“ aus Wohnen, Gewerbe und Kultur.

Wir setzen uns dafür ein, dass besonders Kleingewerbe, Vereine, Initiativen, Projekte und Kultureinrichtungen besser vor Verdrängung geschützt werden. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie dürfen nicht zur Folge haben, dass die gewachsenen Strukturen zerstört werden. Wir setzen uns für gemischte Versorgungsstrukturen und Angebote für die gesamte Bevölkerung wie Nahversorgung, Handwerk und soziale Infrastruktur wie Kitas ein und wollen keine reinen Tourist*innen-, Gastro- oder Boutiquenviertel.

Selbstständige sowie kleine und mittlere Unternehmen brauchen gute und bezahlbare

Gewerbeflächen. Wir werden prüfen, wie wir die Umwandlung von Gewerbeflächen in Wohnflächen in Milieuschutzgebieten genehmigungspflichtig machen können. Das auf den Weg gebrachte Gewerbeflächenentwicklungskonzept zur Sicherung der Nutzungsmischung im Bezirk gilt uns weiterhin als wichtige Grundlage. Wir wollen es daher weiter stärken und an die spezifischen Bedürfnisse in den Kiezen anpassen. Das Gewerbeflächenmanagement soll langfristig fortgesetzt werden. Zudem wollen wir die vom Bezirk geschaffene Beratungsstelle auch für Gewerbe weiter ausbauen. Das Gewerbeflächenentwicklungskonzept zur Sicherung der Nutzungsmischung im Bezirk gilt dabei weiterhin als wichtige Grundlage. Priorität haben die Bereiche Handwerk und Produktion. Der Friedrichshain-Kreuzberger Unternehmerverein bleibt ein wichtiger Partner des Bezirksamtes bei der Förderung der lokalen Wirtschaft.

Freiräume, Kulturstandorte & Clubkultur

Wir setzen uns für den langfristigen Erhalt von bestehenden Kulturstandorten ein. Wir werden soziokulturelle Freiräume und Projekte fördern und erhalten. Dazu gehören zum Beispiel Kulturprojekte und Clubs auf Bezirksflächen, aber auch alternative Wohnprojekte wie etwa Wagenburgen.

Unter anderem ist es unser Ziel, die vielfältige Clubkultur im Bezirk zu stärken. Für Kulturveranstaltungen werden wir Genehmigungsverfahren erleichtern und beschleunigen. Auch die Genehmigung temporärer Sondernutzungen auf geeigneten offenen Flächen werden wir unterstützen.

Das YAAM ist ein gewachsener Kulturstandort von überbezirklicher Bedeutung. Gemeinsam mit dem Land Berlin wollen wir die langfristige Sicherung des Standortes weiterhin umsetzen.

Kultur

Unsere bezirklichen Einrichtungen, die Bibliotheken, die kommunalen Galerien, das FHXB Museum, die Musikschule und die Volkshochschule (VHS) bieten allen Bürger*innen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Bildung, ihrem Pass, ihren sozialen, ökonomischen oder finanziellen Möglichkeiten – einen niedrighschwelligigen Zugang zu Bildung und Kultur. Daher werden wir diese Institutionen weiter stärken.

Die ehemalige Rosegger-Schule in der Bergmannstraße werden wir zu einem kommunalen Kultur- und Bildungsort ausbauen, damit die Menschen in Kreuzberg 61 wohnortnah Zugang zu den Angeboten der VHS, der Musikschule und den Kulturangeboten für Migrant*innen erhalten. Wir sorgen dafür, dass insbesondere Räumlichkeiten in den Bereichen Musik und Bildende Kunst von VHS, Musikschule und dem benachbarten Leibniz-Gymnasium gemeinsam genutzt werden können.

Kooperationen und gemeinsame Projekte zwischen Kultureinrichtungen, Schulen und anderen Akteur*innen im Kiez wollen wir weiter stärken.

Wir thematisieren die Geschichte von Gastarbeiter*innen und Vertragsarbeiter*innen in der bezirklichen Kulturarbeit. Dabei streben wir die Errichtung von Dokumentations- und Gedenkort(en) an, an dem/denen an die Leistungen dieser Gruppen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Geschichte der beiden Ortsteile im Öffentlichen Raum erinnert werden soll(en).

Wir unterstützen die berechtigten Forderungen nach Umbenennung von Straßen, durch deren Namen fortlaufende Diskriminierung stattfindet, oder bei denen an der Würdigung der Namensgeber erhebliche Zweifel bestehen. Wir wollen eine kritische und differenzierte Auseinandersetzung mit der Benennung von Straßen. Daher werden wir deren Umbenennung mit der gebotenen Differenzierung diskutieren und entscheiden.

Darüber hinaus halten wir an dem Grundsatzbeschluss fest, neue Straßen und Plätze sowie öffentliche Gebäude und Sportstätten vorrangig nur nach verdienten Frauen zu benennen.

Sport

Zentral sind der Erhalt und der inklusive Ausbau der im Bezirk zu wenig vorhandenen gedeckten und ungedeckten Sportflächen.

Wir werden die Planungen zur Umwandlung des ehemaligen Regenrückhaltebeckens am Columbiadamm zu einer modernen, nachhaltigen, ökologischen Sportfläche vorantreiben und die Fläche für diese Zweckbestimmung dauerhaft sichern. Dabei soll die Fläche mit ihrer ökologischen Bedeutung als Biotop und Frischluftschneise erhalten bleiben. Die Kleingartenanlage wird in ihrem Bestand abgesichert.

Wir setzen uns beim Land Berlin weiterhin dafür ein, dass das Baerwaldbad saniert und für das Schul-, Vereins- sowie das öffentliche Schwimmen zur Verfügung gestellt wird. Klar ist aber auch, dass der Bezirk diese Immobilie nicht dauerhaft sichern und unterhalten kann, wenn die Bemühungen gegenüber der Landesebene scheitern sollten.

Die Themen Inklusion und Förderung des Frauen- und Mädchensports behalten ihre herausragende Bedeutung bei allen bezirklichen Maßnahmen. Die bezirkliche Sportentwicklungsplanung wird weitergeführt und in einem breiten partizipativen Prozess zum Abschluss gebracht.

Vielfalt & Gleichstellung

Im Rahmen unserer Kulturarbeit werden wir weiter einen Schwerpunkt auf die Sichtbarkeit von kultureller und migrantischer Vielfalt legen und uns tiefgreifend mit unserer Kolonialgeschichte auseinandersetzen.

In der Verwaltung werden wir ein Personalentwicklungskonzept erarbeiten, damit das Bezirksamt den Bezirk in seiner Vielfalt besser abbildet. Wir wollen die Mitarbeiter*innen diversitäts- und diskriminierungssensibel schulen und das Landesantidiskriminierungsgesetz konsequent umsetzen. Wir werden die bezirklichen Beauftragten für Frauen und Gleichstellung, für Menschen mit Behinderungen und für Integration um eine*n Queerbeauftragte*n erweitern und als Diversity-Team finanziell besser ausstatten.

Die Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt“ (IGSV) werden wir auf bezirklicher Ebene umsetzen.

In der Bezirksverordnetenversammlung setzen wir uns für eine Debattenkultur ein, die offen und inklusiv ist und niemanden diskriminiert. Um das ehrenamtliche Engagement zu erleichtern, wollen wir während der Sitzungen eine Kinderbetreuung anbieten und uns dafür einsetzen, dass auch nach dem Ende der Corona-bedingten Sonderregeln hybride Sitzungsmodelle genutzt werden können.

Kinder & Jugendliche

Wir werden die Entwicklung Friedrichshain-Kreuzbergs stärker aus Perspektive der Kinder sehen und werden deshalb ein Verfahren entwickeln, um einen Kinder- und Jugendcheck im Bezirksamt einzuführen.

Bedarfe von Kindern und Jugendlichen, die in Armut leben oder von Armut bedroht sind haben für uns höchste Priorität.

Gemeinsam mit dem Kinder- und Jugendressort arbeiten die unseren Stadträt*innen zugeordneten Verwaltungen weiterhin intensiv daran, dass die Herkunft in unserem Bezirk nicht mehr in dem aktuellen Maße über Lebensperspektiven und Zugang zu Ressourcen entscheidet.

Inklusion

Barrierefreiheit und Inklusion sind für uns zentrale Themen und Querschnittsaufgaben. Dafür werden wir im Bezirksamt ein bezirkliches Inklusionskonzept gemeinsam mit Verbänden und dem Behindertenbeirat entwickeln und umsetzen.

Ziel ist es, Barrieren im Alltag abzubauen und gleichberechtigte Teilhabe zu fördern. Dies ist uns sowohl bei baulichen wie auch bei kommunikativen Hürden ein Anliegen, zum Beispiel durch den Einsatz leichter und einfacher Sprache im Bezirksamt, inklusive Spiel- und Sportplätze sowie die Bereitstellung von zusätzlichen Behindertenparkplätzen und mehr barrierefreiem Wohnraum.

Finanzen & Immobilien

Gemeinsam stehen wir für eine solidarische und nachhaltige Haushaltspolitik, die eine politische Schwerpunktsetzung über Ressort- und Ämtergrenzen hinweg ermöglicht. Unser Ziel ist es, finanzielle Spielräume für ein noch lebenswerteres Friedrichshain-Kreuzberg zu nutzen. Wir arbeiten an einem ausgeglichen Haushalt und beschließen diesen. Wir werden Budgetdefizite im Bezirk analysieren mit dem Ziel, diese deutlich abzubauen und künftig zu vermeiden.

Die Bezirke sind das Fundament Berlins und müssen finanziell und personell gut ausgestattet sein. Daher setzen wir uns gemeinsam gegen pauschale Sparmaßnahmen durch den Senat und für mehr finanzielle Eigenständigkeit ein.

Gemeinsam stehen wir für ein faires Finanzierungssystem, in dem Qualität belohnt wird. Daher unterstützen wir eine grundlegende Reform der Budgetierung und die Beseitigung von strukturellen Benachteiligungen und Fehlanreizen auf Landesebene.

Die Parteien folgen dem Ziel, öffentliche Mittel geschlechtergerecht zu verteilen und stärken daher das Instrument des Gender Budgeting, zum Beispiel durch klare Handlungsempfehlungen.

Zusätzlich wollen wir die Ausgaben des Bezirks auf ihre Auswirkungen auf das Klima überprüfen und darauf hinwirken, dass klimafreundliches Handeln in der Finanzierung der Bezirke belohnt wird. Die Planungs- und Bauämter, sowie den Steuerungsdienst wollen wir dafür entsprechend ausstatten.

Das Personalentwicklungskonzept widmet sich darüber hinaus der Erarbeitung einer Strategie, Mitarbeiter*innen des Bezirksamtes zu fördern und zu entwickeln, für ausscheidende Mitarbeitende rechtzeitig neue Kolleg*innen einzustellen und den Wissenstransfer zu gewährleisten.

Grundstücke

Wir werden prüfen, inwieweit wir unsere vorhandenen Flächen stärker multifunktional nutzen können, damit zum Beispiel Schulsportplätze auch für Freizeitnutzung zur Verfügung stehen. Wir werden keine öffentlichen Flächen verkaufen oder sie an Dritte abtreten.

Die wenigen noch vorhandenen öffentlichen Flächen entwickeln wir für kommunale, grüne, soziale und kulturelle Infrastruktur.

Sowohl Bau- und Planungskapazitäten als auch bezirkliche Haushaltsmittel werden wir nicht einseitig nutzen, sondern adäquat unter den verschiedenen Infrastrukturbedarfen aufteilen.

Rathausstandorte

Unser langfristiges Ziel ist es, in Friedrichshain am Ostbahnhof ein neues Rathaus auf bezirkseigenem Grundstück zu bauen. Das Rathaus Kreuzberg muss dringend saniert werden. Beide Häuser wollen wir zu ökologisch vorbildlichen und modernen Verwaltungsstandorten machen, die offen und besucher*innenfreundlich sind und die unseren Mitarbeiter*innen ein technisch gut ausgestattetes, attraktives und modernes Arbeitsumfeld bieten.

Rathauskantine

Unsere bezirkliche Rathauskantine werden wir zum Leuchtturmprojekt für gute, regionale (Bio-)Küche mit fairen Zutaten und guten Arbeitsbedingungen machen. Die Rathauskantine

soll ein offener Begegnungsraum für Verwaltung, Nachbarschaft und Zivilgesellschaft werden.
Auch bei unserem Kita-Eigenbetrieb wollen wir bei der Ernährungsstrategie vorangehen.

Finanzierung der Vorhaben

Der finanzielle Rahmen im Entwurf für den Doppelhaushalt 2022/23 ist nicht auskömmlich. Die Parteien setzen sich dafür ein, dass die in dieser Vereinbarung enthaltenen finanziellen Mehrbedarfe durch die Einwerbung von Fördermitteln sowie die Erhöhung der Bezirksmittel durch das Abgeordnetenhaus gedeckt werden.

Beteiligung & Transparenz

Es ist unser Ziel, dass die Bürger*innen unseres Bezirks optimal am politischen Prozess partizipieren können.

Wir wollen die Einwohner*innen mit Beteiligungsverfahren möglichst breit und niedrigschwellig ansprechen, zeitlich nah an den zu diskutierenden Projekten arbeiten und den Personaleinsatz angesichts der Vielzahl von Verfahren möglichst effizient gestalten. Beteiligungsverfahren im öffentlichen Raum wollen wir auf ein halbes Jahr begrenzen. Dabei ist für uns selbstverständlich, dass die Informationen hierzu möglichst mehrsprachig angeboten werden.

Erfolgreiche Formen der Bürger*innenbeteiligung führen wir fort und entwickeln neue Formate. Diese umfassen eine der Entscheidung des Bezirksamtes bzw. der Bezirksverordnetenversammlung vorgelagerte, prozessbegleitende und abgeschlossenen Projekten nachgelagerte Bürger*innenbeteiligung.

Informationen über Veränderungen im öffentlichen Raum, wie beispielsweise öffentliche Bauvorhaben, werden mindestens sowohl online (z.B. in Form von Pressemitteilungen) als auch offline (z.B. in Form von Aushängen oder Posteinwürfen) in der unmittelbaren Nachbarschaft bekannt gemacht.

Wir tragen gemeinsam dafür Sorge, dass Bürger*innenbriefe, Eingaben und Beschwerden von den Bezirksamtsmitgliedern fristgerecht, in der Informationspflicht angemessener Ausführlichkeit und Form beantwortet werden.

Es ist uns ein Anliegen, dass auch Bürger*innen im Bezirk mit der kommunalen Ebene in Kontakt treten können, die sich nicht oder noch nicht in politisch wirkmächtigen Gremien oder Initiativen organisiert haben. Dazu entwickeln wir gemeinsam niedrigschwellige Formate.

Zur Transparenz gegenüber den Bürger*innen gehört auch, dass Organisationen, die den Bezirk durch ihr ehrenamtliches Engagement prägen, wie etwa die Partnerschaftsvereine, Kinder- und Jugendarbeit, familienfördernde Angebote, Einrichtungen für wohnungslose Menschen, Kieznetzwerke sowie Bürger*inneninitiativen in angemessener Form bei sie betreffenden bezirklichen Entscheidungen berücksichtigt werden.

Transparenz gegenüber der Bezirksverordnetenversammlung

Das Bezirksamt wird die Rechte der Bezirksverordnetenversammlung als demokratisch gewähltes „Bezirkparlament“ wahren und umfassend über sein Handeln informieren. Handlungsleitend ist für uns und unsere Bezirksamtsmitglieder das Prinzip, dass Beschlüsse der Bezirksverordnetenversammlung als verbindlich angesehen werden, sofern deren Umsetzung keine erheblichen, insbesondere rechtlichen oder finanziellen Hindernisse entgegenstehen. Zeitliche Verzögerungen von mehr als drei Monaten bei der Umsetzung werden durch die Bezirksamtsmitglieder begründet, sofern sich keine längere Frist aus dem Charakter des Beschlusses ergibt.

Anfragen der Bezirksverordnetenversammlung werden fristgemäß und umfassend beantwortet. Sollte die Frist nicht eingehalten werden können, wird proaktiv darüber informiert.

Zusammenarbeit

Diese Vereinbarung gilt für die Wahl des gesamten Bezirksamts. Wir respektieren dabei die jeweiligen Personalvorschläge. Wir arbeiten im Rahmen dieser Vereinbarung auch über die Wahl des Bezirksamtes hinaus im Bezirksamt und in der Bezirksverordnetenversammlung zusammen. Darüber hinaus sind wir uns einig, dass auch mit den Stadträt*innen und Verordneten der anderen demokratischen Fraktionen, die nicht Teil dieser Vereinbarung sind, ein kollegialer Umgang gepflegt wird und eine gute Zusammenarbeit erfolgt. Zu einer gemeinsamen Kooperation gehört Vertrauen. Im gegenseitigen Umgang werden wir besser sein als in den vergangenen fünf Jahren und eine offene Kommunikation zwischen allen Ebenen der Fraktionen und den Parteien entwickeln.

Zwischen den Spitzen der Fraktionen gibt es regelmäßige Abstimmungsrunden. Die jeweiligen Bezirksamtsmitglieder werden bei Bedarf in die jeweils andere Fraktion eingeladen. Unsere Fraktionen werden sich in regelmäßigen Abständen (etwa jährlich) gemeinsam austauschen.

Über die Initialisierung von Aktivitäten für Anträge, Resolutionen etc., die über die Fraktionsgrenzen der Grünen und der SPD hinausgehen, wird die jeweils andere Fraktion frühzeitig informiert.

Zwischen den Spitzen der Parteien und der Fraktionen gibt es bei Bedarf und mindestens einmal pro Halbjahr ein gemeinsames grün-rotes Treffen, um sich über aktuelle Themen und den Stand der Verabredungen dieser Vereinbarung auszutauschen. Diese Treffen sollen dazu beitragen, gemeinsam Lösungen zu finden.

Zur Mitte der Wahlperiode werden wir den Umsetzungsstand der vereinbarten Projekte überprüfen, die Vereinbarungen über die Arbeitsweise ihrer Zusammenarbeit evaluieren und gegebenenfalls anpassen.

Bei thematischen Problemen mit den jeweils anderen Mitgliedern im Bezirksamt oder der Fraktion werden wir zunächst den internen Dialog suchen, um diese Probleme zu lösen. Sollten diese nicht innerhalb von 14 Tagen gelöst werden können oder es zu einem ausreichenden Austausch zu diesem Thema gekommen sein, gibt es ein grün-rotes Treffen mit den Partei- und Fraktionsspitzen. Gibt es hier keine Lösung, kann der jeweilige andere Partner Initiativen in der Bezirksverordnetenversammlung stützen, die in dem betreffenden Sachverhalt vorgenommen werden.

Darüber hinaus handeln die Parteien und ihre Fraktionen eigenständig.

Haushaltsberatungen

Vor dem Aufstellungsbeschluss des Bezirksamts und vor Eintritt in die Haushaltsverhandlungen werden gemeinsame Sondersitzungen der Fraktionen mit den zuständigen Bezirksamtsmitgliedern durchgeführt. Hierbei werden frühestmöglich der Wille und die politischen Intentionen der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD in die Haushaltsplanungen aufgenommen.

Anträge zum Haushalt werden weitestgehend gemeinsam eingebracht.

Aufgabenverteilung im künftigen Bezirksamt von Friedrichshain-Kreuzberg

Im Bezirksamt stellen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiter drei Stadträt*innen, DIE LINKE zwei und die SPD einen. Entsprechend der gesetzlichen Vorschriften soll dabei für die Vertragsparteien die folgende Ressortverteilung gelten:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Geschäftsbereich Bürgermeisterin mit dem Amt für Weiterbildung und Kultur und den Beauftragten

Geschäftsbereich Ordnungsamt, Straßen- und Grünflächenamt und Umwelt- und Naturschutzamt

Geschäftsbereich Stadtentwicklungsamt

SPD

Geschäftsbereich Schul- und Sportamt und das Facility Management

Alina Zimmermann

Juska Gerald

Pascal B. B.

S. Kitzig

D. Magwitz

S. Roth

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Friedrichshain-Kreuzberg

Marie Scharfke

Henry Marx

Sebastian Tordt

SPD
Friedrichshain-Kreuzberg

5.12.2021